Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1902

25.1.1902 (No. 24)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 25. Januar.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgesandt und übernimmt der Verlag dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe „Karlsr. Ztg." — gestattet.

№ 24. 1902.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 19. Januar d. J. gnädigst geruht, den außerlichen Professor an der Universität Gießen, Dr. Wilhelm Wetz, zum ordentlichen Professor für englische Philologie an der Universität Freiburg zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Parlamentarisches aus Sachsen.

△ **Dresden,** 23. Januar.

Für weitere Kreise dürfte eine Erklärung des Herrn Staatsministers v. Metzsch von Interesse sein, derzufolge — und zwar als Folge eines im vorigen Landtage gestellten Antrages — eine wasserwirthschaftliche Denkschrift nicht nur in der Bearbeitung begriffen, sondern bereits nach Vernehmung der zuständigen Ministerien so weit gediehen ist, daß dieselbe demnächst an den Landtag gelangen kann. Es wird in derselben ein allgemeiner Wirthschaftsplan für die Zukunft aufgestellt werden bezüglich des geschäftlichen und gesetzlichen Gebahrens bei der Regulirung der Wasserläufe in Sachsen, überhaupt der öffentlichen Wasserläufe.

Zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Interpretation, die das Finanzministerium dem Einkommensteuergesetz zu Theil werden läßt, gab Anlaß eine Verhandlung über eine Petition des Verbands reisender Kaufleute Deutschlands um Befreiung von der Einkommensteuer in der Ersten Kammer. Die Petition legt dar, daß der Verband reisender Kaufleute Deutschlands in Leipzig in erster Linie die Unterstützung von Witwen und Waisen verstorbener Mitglieder, sowie alter und versorgungsbedürftiger Mitglieder bezwecke und zu diesem Behufe einen Witwen- und Waisenfonds und einen Altersversorgungsfonds gebildet habe. Die Zinsen dieser Fonds seien von der staatlichen Steuerverwaltung als steuerpflichtig bezeichnet worden, während die städtische Steuerverwaltung von Leipzig, da die Fonds lediglich Wohlthätigkeitszwecken dienten, die Befreiung von der städtischen Steuer ausgesprochen habe. Mit Rücksicht darauf bitten die Petenten die Ständeversammlung „den Verband reisender Kaufleute Deutschlands der Königlichen Staatsregierung zur Bewilligung der Steuerfreiheit zu empfehlen." Die vierte (Petitions-) Deputation der Ersten Kammer beantragte Ablehnung der Petition und ihr Berichterstatter, Oberbürgermeister Dr. Keubler, führte zu Begründung aus, daß nach § 6, 9 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juli 1900 von Einkommensteuer befreit sind die ausschließlich kirchlichen, gemeinnützigen, wohlthätigen, Besoldungs- oder Pensionszwecken dienenden juristischen Personen und mit dem Rechte des Vermögenserwerbs ausgestatteten Personenvereine und Vermögensmassen. Aber diese Befreiungsvorschrift stehe dem Verbande reisender Kaufleute nicht zur Seite. Richtig sei, daß nach den Satzungen des Verbandes die Unterstützung der Witwen, Waisen und Altersschwachen zu den Zwecken des Verbandes gehöre. Das sei aber nicht sein Hauptzweck. Der Verein verfolge zwar wohlthätige Zwecke, aber nicht ausschließlich solche. Außerdem seien seine Wohlthaten nur den Mitgliedern zugänglich, er sei also nicht der Allgemeinheit dienstbar; auch stehe den Mitgliedern nicht etwa ein erzwingbares Recht auf Gewährung dieser Wohlthaten zu. Die Erfüllung der Bitte des Verbandes, ihn der Staatsregierung zur Bewilligung der Steuerfreiheit zu empfehlen, sei nach dem jetzigen bestehenden Gesetze nicht möglich. Dies könne nur geschehen, wenn man eine Abänderung des Einkommensteuergesetzes herbeiführen wollte, und nach dieser Richtung werde man wohl nicht die Klinke der Gesetzgebung wieder in die Hand nehmen. Diese letztere Verwahrung veranlaßte den Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Tröndlin, zu der Bemerkung, er wolle dem Deputationsantrag gegenüber keinen anderen Antrag empfehlen, aber er theile nicht die Auffassung der Deputation, daß man die Klinke der Gesetzgebung nicht mehr in die Hand nehmen werde, da die Interpretation, die das Finanzministerium dem Einkommensteuergesetze gebe, nicht allenthalben zutreffe. In vielen Fällen, wo es sich um Stiftungen handle, habe die Stadt Leipzig gegen die Entscheidungen des Finanzministeriums reklamirt und sie werde die Angelegenheit noch weiter verfolgen. Das Finanzministerium sehe den Begriff der „Gemeinnützigkeit" nur dann als vorhanden an, wenn eine Leistung sich auf die Allgemeinheit beziehe, und meine, daß niemals eine Gemeinnützigkeit bestehe, wenn eine gewisse Klasse von Personen in Betracht komme. Dann gebe es nach seiner Ueberzeugung gemeinnützige Anstalten überhaupt nicht. Herr Dr. Tröndlin kündigte an, daß sich die Kammer mit der vom Finanzministerium beliebten Auslegung des Gesetzes noch werde zu befassen haben. — Die Kammer nahm hierauf den Deputationsantrag an.

Die bayrische Gewerbeaufsicht.

△ **München,** 23. Januar.

Die Gewerbeaufsichtsbeamten machen im Verlaufe ihrer Dienstthätigkeit bezüglich der verschiedensten gewerblichen Berufsarten eine Reihe von wirthschaftlichen und sozialen Beobachtungen, welche den Vollzug der Arbeiterschutzgesetze nicht unmittelbar berühren und sich deshalb nicht ohne weiteres zur Aufnahme in die Jahresberichte eignen. Es empfiehlt sich vielmehr, solche Beobachtungen zeitweise besonders zusammenzufassen und entsprechend durchgearbeitet entweder den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten in eignen Abschnitten beizugeben oder sie in Monographien zu veröffentlichen. So theilen beispielsweise die österreichischen Gewerbeinspektoren von Zeit zu Zeit die Ergebnisse von Erhebungen über die Lage einzelner Industriezweige mit, ebenso liegen derartige Publikationen seitens der badischen, württembergischen und schweizerischen Fabrik- bezw. Gewerbeinspektoren vor.

In Bayern begann man im Jahre 1896 zunächst eingehende Beobachtungen über das Lehrlingswesen, die Arbeitszeit und den Arbeitslohn in einzelnen Gewerbszweigen anzustellen und im Jahresberichte mitzutheilen. Hierzu wurden die Buchdrucker und Schlosser gewählt, 1897 folgte das Schreinergewerbe. Seit 1898 wurden diese Spezialdarstellungen auch auf andere Verhältnisse der betreffenden Berufsart ausgedehnt und in dieser Weise das Schneidergewerbe, dann 1899 das Schmiede- (1900) das Maurer-, (1901) das Müllergewerbe bearbeitet. Diese Sondererhebungen erscheinen seit dem Jahre 1899 als besonderer Anhang zu den Jahresberichten und können auch für sich allein von der Verlagsbuchhandlung (Theodor Ackermann in München) bezogen werden.

Was die Gruppirung des Stoffes und die Methode der Untersuchung anlangt, so wurde für die seitherigen Darstellungen ein allgemeines Schema ausgearbeitet, nach welchem in erster Linie die wirthschaftlichen Verhältnisse des Gewerbszweiges zur Besprechung gelangen, sodann die Statistik, die Arbeitsverhältnisse im allgemeinen, die Unfallverhütung und Gewerbehygiene, die wirthschaftliche Lage der Arbeiter, das Lehrlings- und Fortbildungswesen und endlich die geistigen, sittlichen und sonstigen sozialen Verhältnisse der Arbeiter. Zur Vervollständigung des gelegentlich der Betriebsrevisionen gesammelten Materials werden die betheiligten Kreise, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, namentlich auch deren Organisationen, zur schriftlichen Auskunftsertheilung durch Fragebogen u. s. w. herangezogen. Die Erhebungen finden durch die einzelnen Aufsichtsbezirke gesondert statt, ihre hauptsächlichsten Ergebnisse werden jedoch bei der Veröffentlichung in der Einleitung kurz zusammengefaßt.

Sozialdemokratisches aus Thüringen.

⊡ **Weimar,** 23. Januar.

Bei der letzten Reichstags-Ersatzwahl sind in den Thüringischen Staaten nicht weniger als 99 637 Stimmen abgegeben worden, davon entfielen auf das allerdings an Einwohnern den übrigen Ländern voranstehende Großherzogthum Sachsen-Weimar 24 456. Nach dem Prozentsatz berechnet entfielen im Wahlkreis Coburg 44,3 Proz. aller abgegebenen Stimmen auf die Sozialdemokraten; in Gotha: 51,7; in Altenburg: 45,5; in Meiningen 21,1; in Sonneberg-Saalfeld: (2. Meininger'scher Wahlkreis) 51,1; in Weimar: 51,5; in Eisenach: 42,3; in Neustadt a. O.: 45,5; in Sondershausen: 40,4; in Rudolstadt: 47,9, in Reuß ä. L.: 55,1 und in Reuß j. L. 58,1! Bemerkenswerth ist es übrigens, daß sich in den einzelnen Wahlkreisen Thüringens bei sozialdemokratischen Vereinen und Zeitungen gewisse zentrifugale Bestrebungen kund geben und daß insbesondere von den letzteren die „Erfurter Preßkommission" keineswegs durchweg und durchaus als souveraine Oberbehörde mehr anerkannt wird. So hat z. B. die letztere von Apolda aus jüngsthin einen recht lakonischen Absagebrief erhalten. Der dortige sozialdemokratische Wahlverein hat nämlich energisch protestirt gegen die von der „Erfurter Preßkommission" dekretirte Aufkündigung des seitherigen Redakteurs der „Tribüne" und nimmt den Genossen Grunwald gegen diese Maßregelung in Schutz. Man behält sich zwar vor, die Angelegenheit auf dem nächsten Thüringischen Parteitage nochmals zur Sprache zu bringen, um in Zukunft ein für alle Mal gegen alle Uebergriffe der „Erfurter Preßkommission" geschützt zu sein, will aber vorläufig schon zur baldmöglichsten Klärung der Lage eine Konferenz aus allen acht Wahlkreisen einberufen wissen. Jedenfalls ergibt sich aus alledem, daß die Parteidisziplin, auf welche man sonst bekanntlich ja immer so stolz im sozialdemokratischen Heerlager ist, in Thüringen recht bedenklich gelockert zu sein scheint. Man ging in der hier in Rede stehenden Versammlung sogar so weit, eine Resolution anzunehmen, in welcher es für unbedingt erforderlich erachtet wird, daß die Genossen der Frage näher treten: ob es sich nicht empfehle, ein aus Vertretern der hier in Betracht kommenden acht Wahlkreise zu bildendes Kontrolorgan in's Leben zu rufen, welches in allen Fragen die Entscheidung zu fällen befugt sein soll, die „über die örtlichen Interessen Erfurts hinausgehen". Das heißt also mit anderen Worten, die jetzt bestehende „Erfurter Preßkommission" soll fortan nicht mehr die alleinige bestimmende und ausschlaggebende Instanz sein! Warum der Redakteur Grunwald für die Erfurter Parteiführer ein enfant terrible geworden, kann hier ganz aus dem Spiele bleiben; der springende Punkt ist die Schärfe der Opposition gegen ein bisher diktatorisch herrschendes Parteiorgan.

Deutscher Reichstag.

* **Berlin,** 23. Januar.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Abg. Bassermann (fortfahrend): Was das Frauenstudium angehe, so habe der Staat kein Recht, aus privaten Mitteln gegründete Mädchengymnasien zu verhindern. In Baden habe man den Versuch gemacht, die Mädchen mit den Gymnasiasten auf dieselbe Schulbank zu setzen und der Versuch habe sich durchaus bewährt. Das langsame Tempo, das die Regierung in der Sozialreform einschlage, sei größtentheils vom Centrum verschuldet.

Abg. Fischer (Soz.) beschwert sich über das langsame Tempo der Sozialpolitik. Auf dem Gebiete der Frauenarbeit sei in den letzten 10 Jahren so gut wie nichts geschehen. In katholischen Arbeiterkreisen sei eine lebhafte Rebellion entstanden gegenüber der Haltung des Centrums in den Arbeiterfragen und bei dem Zolltarif. Redner wandte sich aufs schärfste gegen den Grafen v. Posadowsky, dem er Doppelzüngigkeit vorwirft. Im Reichstage habe Posadowsky die 12 000 Mark-Dotation auf sich genommen, während er in der offiziösen Presse den Geheimrath Woedtke geopfert habe. In einem geheimen Erlaß habe Posadowsky den Gewerbeinspektoren untersagt, sich darüber zu äußern, ob die Gesetze genügen oder nicht. Auch über die Nahrungsverhältnisse der Arbeiter dürften sie nicht mehr berichten. Oberhofmarschall Graf Eulenburg habe von den Arbeitern als Rinozerossen gesprochen.

Staatssekretär v. Posadowsky: Ich verdenke es den Vertretern der Sozialdemokratie nicht, wenn sie hier die Rechte der Arbeiter vertreten. Ich betrachte die Sozialdemokratie als eine Arbeiterpartei, welche die Hoffnung auf den Zukunftsstaat bereits größtentheils innerlich aufgegeben hat. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich wünsche aber, es geschähe mit derjenigen Objektivität die nöthig ist, um in der gesetzgebenden Körperschaft die Gesetzgebung wirklich zu fördern. Die Berichte der Gewerbeinspektoren für 1900 sind früher ausgegeben, wie je zuvor und dem Reichstage in 420 Exemplaren zugegangen. Ich habe nicht gesagt, daß ich eine weitergehende Sozialpolitik treiben wollte, oder daß der Bundesrath es nicht wollte, sondern ich sagte nur, es sei nicht angängig, im Bundesrath einen Einzelnen verantwortlich zu machen für die Politik, denn ich kann nur diejenige Politik treiben, für die ich die Gesammtheit der Verbündeten Regierungen, vor allem die des Präsidialstaates, hinter mir habe. Den Gewerbeinspektoren wurde die Anweisung gegeben, sie sollten die festgestellten Thatsachen möglichst getreu, korrekt und furchtlos schreiben, aber sich nicht in weitschweifige sozialpolitische Betrachtungen verlieren. Der Zweck ihrer Berichte ist nicht, die Bibliothek zu füllen, sondern die Berichte sollen für weitere Kreise verwerthbar sein. Die Gewerbeaufsichtsbeamten wurden angewiesen, den direkten Weg zu wählen, um zu milde Bestrafungen straffälliger Arbeitgeber zu verhindern. Ueber die Kinderarbeit, Volksernährung und allgemeine Wohlfahrtseinrichtungen sollten sie nichts im Allgemeinen Berichte schreiben, wohl aber in einem besonderen. Es ist ihnen allerdings eine Zeitlang verboten gewesen, über Streiks zu berichten, weil ich der Meinung war, daß die vom Statistischen Amt zusammengestellte Uebersicht über Sperrungen genügen würde. Ich habe aber am 16. Oktober 1901 die Gewerbeaufsichtsbeamten anweisen lassen, wieder über Streiks zu berichten, nicht nur nach Angabe der Polizei, sondern nach Angabe der Parteien, d. h. Arbeitgeber und Ar-

(Mit einer Beilage.)

beiter. Der Vorredner führte nicht alles auf, was seit 1897 auf sozialpolitischem Gebiete geschehen ist, ich will aber nicht näher darauf eingehen. Um einen stärkeren Schutz der im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter herbeizuführen, sind in Preußen, wie in Sachsen und Bayern und in anderen Bundesstaaten auf Grund eines Rundschreibens von mir eingehende Verordnungen seitens der Centralbehörden und landespolizeiliche Verordnungen ergangen. Jedenfalls geht aus den Mittheilungen der Regierungen, sowie aus dem amtlichen Material hervor, daß man auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes im Baugewerbe rasch vorwärts geht. Der Gesetzentwurf über die Regelung des Cigarrenhandels kann nicht vorgelegt werden, bevor nicht ein Gesetzentwurf über die gewerbliche Kinderarbeit vorgelegt und verabschiedet ist. Was das Ausverkaufswesen angeht, hat der preußische Justizminister Veranlassung genommen, ein Rundschreiben zu erlassen, in welchem er darauf hinweist, daß hier unter Umständen ein öffentliches Interesse vorliegt und auf Grund der bezüglichen Paragraphen des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb vorgegangen werden könne. Ich wandte mich an sämmtliche Bundesregierungen, sie mögen auf diese Frage ihre volle Aufmerksamkeit richten und von amtswegen gegen solche Mißbräuche vorgehen. Sollten diese Mißbräuche nicht aufhören, so werden wir erwägen müssen, ob nicht, wenn die Judikatur nicht eine andere wird, namentlich bezüglich der Nachschübe eine Ergänzung des vorhandenen Gesetzes sich als nothwendig herausstellen wird. Der Gesetzentwurf über die Rechtsverhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer liegt dem preußischen Justizminister zur Zustimmung vor. Auf die Angriffe gegen den preußischen Handelsminister möchte ich dem Vorredner erwidern, daß es bedenklich erscheint, Jemanden, der in ein öffentliches Amt tritt, jede Aeußerung anzurechnen, die er als Privatmann einmal gethan hat. Sie können den Handelsminister nicht beurtheilen nach dem was er als Abgeordneter gesagt hat, sondern darnach, was er an verantwortlicher Stelle sagt. Ich bitte doch erst Thaten in seiner Amtsthätigkeit abzuwarten.

Abg. Rösicke-Dessau (b. k. Fr.): Der Staatssekretär müßte, was das Tempo der sozialpolitischen Gesetzgebung anbetrifft, seine eigene Meinung gegenüber dem Bundesrath durchzusetzen versuchen auf die Gefahr, daß er sein Amt niederlegt, wenn es ihm nicht gelingt. In dem Sinne, den der Staatssekretär hier ausführte, gehöre ich auch zu einer Arbeitspartei, denn auch ich suche das Interesse der Arbeiter zu vertreten. Ich vermisse weitere Schutzbestimmungen gegen gewerbliche Krankheiten, sowie ein Nothgesetz, um die Lücke zwischen der Invaliditäts- und Krankenversicherung auszufüllen. Den Gewerkschaften müßten die Rechte einer juristischen Person verliehen werden. Redner empfiehlt sodann die Resolution **Rösicke.**

Abg. Pachnicke (freis. Ver.) bespricht die Einrichtung von Arbeitsnachweisen und eine Bestimmung, daß die Gemeinden resp. weitere Kommunalverbände durch die Landeskontrolbehörde zur Errichtung von Arbeitsnachweisen angehalten werden können, falls solche noch nicht vorhanden sind. An der Verwaltung derselben müßten die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer zu gleichen Theilen unter Vorsitz eines Unparteilichen betheiligt sein. Redner wundert sich, daß der Staatssekretär in diesem Punkte nicht selbst vorgegangen sei. Die Regierung scheine die Zustände auf dem Gebiete der Arbeitslosigkeit günstiger darzustellen, als sie sind. Nach den Ermittelungen der Polizei sollten in Berlin nicht mehr als 7000 Arbeitslose vorhanden sein. In der Metallindustrie allein gab es Anfangs dieses Jahres über 9000 Arbeitslose und es wird befürchtet, daß die Arbeitslosigkeit im Frühjahr noch viel größer sein wird.

Abg. Beckh-Koburg (freis. Volksp.) wünscht, daß die Regierung weitere Schritte in Sachen des internationalen Vogelschutzes thut. In die Maßregeln müßten besonders einbezogen werden Istrien, Südtirol und die Schweiz. (Beifall.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky erklärt, der deutsche Botschafter in Paris sei bereits beauftragt, den Beitritt Deutschlands zu der Vogelschutzkonvention zu erklären.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Schluß der Sitzung gegen 6 Uhr.

*** Berlin,** 24. Januar.

(Telegraphischer Bericht.)

In der fortgesetzten Berathung des Etats des Innern polemisirt Schwartze-Lippstadt (Centr.) gegen die gestrigen Behauptungen Fischers, das Centrum hätte die Sozialreform gehemmt. Bezüglich des Zolltarifs habe das Centrum keine extrem-agrarischen Forderungen aufgestellt. Es stehe auf dem Standpunkt einer ausgleichenden Gerechtigkeit und Erhaltung eines kräftigen Bauernstandes. Redner fordert schließlich Maßnahmen zur Verhütung von Bauunfällen.

* * *

*** Berlin,** 24. Jan. Die Zolltarifkommission des Reichstages berieth den § 5 Ziffer 11 des Tarifgesetzes, lehnte die Fassung der Vorlage ab und beschloß folgende, einem sozialdemokratischen Antrage sich anschließende Fassung: Zollfrei sind Kunstsachen, welche zu Kunstausstellungen, oder für öffentliche Kunstanstalten, oder öffentliche Sammlungen, oder zu Lehr- und Anschauungszwecken eingehen. Die Kommission nahm sodann unverändert Ziffer 2, Zollfreiheit von Schiffsbaumaterialien, an.

*** Berlin,** 24. Jan. Dem Reichstag ging eine Interpellation des Centrums zu, in der bezüglich des am 1. Februar 1899 vom Reichstage beschlossenen Gesetzentwurfs betreffend die Aufhebung des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu beziehungsweise die Aufhebung des § 2 dieses Gesetzes an den Reichskanzler die Frage gerichtet wird, ob der Beschluß des Bundesrathes in dieser Angelegenheit auch heute nach Verlauf von drei Jahren seit der Beschlußfassung des Reichstages noch nicht vorliege.

Aus Elsaß-Lothringen.

Straßburg, 23. Januar.

Der Bürgermeister von Hagenau, Herr Xaver Nessel, der seit 1870 an der Spitze dieses Gemeinwesens stand, hat aus Gesundheitsrücksichten seine Entlassung genommen. Mit ihm scheidet ein Mann aus dem Amte, der sich um Hagenau's Wohl wie um das seines engeren Heimathlandes hohe Verdienste erworben hat, und wenn auch Niemand demselben es verübeln kann, daß er der Sorge um seine der Schonung dringend bedürftige Gesundheit nachgibt, so darf man doch tief bedauern, daß Herr Nessel, der als Bürgermeister mit seltener Hingabe und hohem Verständniß, mit weitschauendem Scharfblick und energischer Thatkraft die Geschicke seiner Vaterstadt erfolgreich lenkte, seine bisherige Wirksamkeit aufzugeben sich gezwungen fühlt. Was er für die immer mehr aufblühende alte Stadt der Hohenstaufen Hervorragendes gethan hat, das wird ihm die Dankbarkeit seiner näheren Mitbürger lohnen; allein auch über die Grenzen des heimischen Weichbildes hinaus muß ihm für sein patriotisches Bemühen und Wirken um das Gedeihen von Elsaß-Lothringen volle Anerkennung gezollt werden. Herr Nessel, welcher außer in Straßburg und Paris auch auf deutschen Hochschulen, wenn wir nicht irren, seine umfassende Bildung gewonnen hat und dem man jedenfalls in seinem überaus liebenswürdigen Verkehr ein grunddeutsches Empfinden anmerkte, gehörte seiner Zeit zu der Partei der Autonomisten, die sofort in den ersten Jahren der deutschen Herrschaft eine innere Annäherung an Deutschland und eine versöhnende Ausgleichung der Gegensätze herbeizuführen sich bemühten. Er war nicht nur einer der Gründer, sondern zugleich die eigentlich treibende geistige Kraft jener Autonomisten, die auch das Verdienst mit für sich in Anspruch nehmen können, daß die Regierung des Reichslandes von Berlin nach Straßburg verlegt wurde. Allerdings mit der Errichtung der Statthalterschaft, also mit der Erreichung eines ihrer Hauptziele, trat die Bedeutung und Wirksamkeit der autonomistischen Partei mehr und mehr in den Hintergrund. Aus dieser naturgemäßen Entwickelung der Dinge, wozu vielleicht auch noch eine gewisse persönliche Verstimmung über diese und jene Richtung der leitenden Stelle hinzugekommen sein mag, läßt es sich wohl erklären, wenn Herr Nessel, der bis 1887 im Landesausschuß saß, Mitglied des Reichstages war und dem Staatsrath angehörte, seit jenem Zeitpunkte sich nach und nach vollständig von jeder aktiven politischen und parlamentarischen Thätigkeit zurückzog. Dies kann jedoch seine früheren Verdienste um das allgemeine Wohl des Landes nicht beeinträchtigen. Ueber den Nachfolger Nessel's läßt sich zur Stunde nichts Sicheres sagen. Hagenau gehört zu denjenigen Städten, deren Gemeinderath das Vorschlagsrecht besitzen. Immerhin dürfte es dem letzteren nicht leicht fallen, einen würdigen Nachfolger dieses bisherigen klugen, kenntnißreichen und thatkräftigen Bürgermeisters von Hagenau zu finden.

Gegen den Chef der Medizinalverwaltung von Elsaß-Lothringen, Geheimen Obermedizinalrath Dr. Krieger, wurden seit einiger Zeit aus gewissen ärztlichen Kreisen heftige Angriffe gerichtet aus Anlaß einer Prozeßangelegenheit, bei welcher Herr Geh. Rath Krieger als sachverständiger Zeuge aufgetreten war. Diese bei dem gegebenen Anlaß mindestens unberechtigten Angriffe sind dann von einigen unzufriedenen Elementen unter den Aerzten zu der Behauptung in einer hiesigen medizinischen Zeitschrift zugespitzt worden: daß der Chef der Medizinalverwaltung das Vertrauen der Aerzte des Landes derartig verloren habe, daß zwischen diesen und ihm ein ferneres gedeihliches Zusammenwirken nicht mehr möglich sei! Erscheint diese Auffassung von der Stellung des Chefs der Medizinalverwaltung des Landes gegenüber den doch durchaus unabhängigen Aerzten schon an sich als eine überaus seltsame, so wird der Werth jener Behauptung wie jener Angriffe überhaupt jetzt durch die Thatsache in das rechte Licht gerückt, daß infolge dessen von den Aerztevereinen aus allen Theilen des Landes Vertrauensadressen an Herrn Geh. Rath Krieger eingesandt werden. Solches ist u. a. von den Aerztevereinen von Metz, Hagenau und Altkirch bereits geschehen und ebenso bereitet der Aerzteverein Straßburg eine derartige Vertrauensadresse an den Geheimen Obermedizinalrath Dr. Krieger vor, der sich um die Verbesserung der hygienischen Zustände des Reichslandes unzweifelhaft ganz unbestreitbare große Verdienste erworben hat.

Aus der Schweiz.

+ Zürich, 23. Januar.

Die geschäftlichen Beziehungen zwischen dem südlichen Deutschland und dem Kanton St. Gallen sind so lebhaft entwickelt, daß Veränderungen im Gerichtswesen von St. Gallen auch für das Publikum in den angrenzenden deutschen Bundesstaaten Interesse bieten. Nun ist am 1. d. M. eine neue Civilprozeßordnung für St. Gallen in Kraft getreten. Gleichzeitig sind auch die Bestimmungen über die dortigen Advokaten und Rechtsagenten geändert worden. Abweichend von der bisherigen Uebung werden in Zukunft bei den St. Gallener Gerichten nur solche Advokaten und Rechtsagenten zugelassen, die mit einem Patent für die Ausübung ihrer Thätigkeit versehen sind. Zur Erlangung des Patents ist ein Antrag erforderlich, der nur auf Grund eingehender Prüfung genehmigt werden soll Die Zahl der bisher thätig gewesenen Anwälte und Agenten wird auf 100 angegeben. Die Mehrheit dieser bisherigen Gerichtsvertreter hat bereits die erforderlichen Patente erworben. Es ist aber nach Lage der Sache nützlich, sich bei Betreibung einer Rechtsangelegenheit im Kanton St. Gallen zu vergewissern, ob der für die Führung des Geschäfts gewählte Vertreter zu den patentirten Anwälten oder Agenten gehört.

Aus der französischen Deputirtenkammer.

*** Paris,** 23. Januar.

Bei Berathung des Budgets des Aeußern fordert die Kommission die Herabsetzung der von der Regierung für die französischen Anstalten und Schulen im Orient und im äußersten Osten verlangten Kredite von 850 000 auf 100 000 Franken und die Unterdrückung der Kredite für die Anstalten in China und im diesseitigen Osten.

Der Sozialist Déjeante beantragt Streichung des Gesammtkredits und wiederholt die bei der Erörterung der Chinaanleihe gegen die französischen Missionen in China vorgebrachten Anklagen.

Raiberti (gem. Rp.) meint, der Verzicht auf das französische Protektorat über diese Anstalten würde das Aufgeben aller Finanzinteressen in der Türkei und China bedeuten.

Minister des Aeußern Delcassé: Die Budgetkommission verlangt von der Kammer ein Votum der inneren Politik. Die Regierung verlangt von ihr ein solches nationaler Politik. Der eigentliche Zweck der Unterstützung ist, die Verbreitung der französischen Sprache zu fördern. Wer im äußersten Osten französisch spricht, ist nicht weit davon, auch französisch zu denken. Die Entwicklung der französischen Schulen im Orient macht sehr gute Fortschritte, die Schülerzahl ist von 50 000 auf fast 90 000 gestiegen. Wollen Sie diese Entwicklung plötzlich hemmen? Im Orient ist die Religion das äußere sichtbare Zeichen der Nationalität. Die Uebertragung der Schulen in Laienhände würde sehr kostspielig sein. Wir zahlen augenblicklich für die fünf bestehenden französischen Laienschulen 32 Franken auf den Kopf des Schülers, für die Ordensschüler nur 8 Franken. Wollen Sie also die finanzielle Unterstützung verdierfachen? Die Annahme des Kommissionsvorschlages würde nur unsere Nebenbuhler befriedigen und ihnen gestatten, unsern Platz einzunehmen.

Antrag Déjeante wird abgelehnt und der von der Regierung geforderte Kredit mit 312 gegen 203 Stimmen angenommen. Auf eine Anregung des Abgeordneten Gervais (gem. Rep.) verspricht der Minister Delcassé in den nächsten Etat auch die Unterstützung für die Werke des französischen Protektorats in Brasilien einzustellen.

In der Nachmittagssitzung beginnt die Kammer die Berathung des Budgets der Eisenbahnen mit einer längeren Erörterung über die Frage des Ankaufs der Eisenbahnen durch den Staat.

Pichon (Ralliirter), der von der Budgetkommission beauftragt ist, den Kostenpunkt dieser Frage zu studiren, glaubt feststellen zu müssen, daß nach dem Ankauf die Gesellschaften jährlich 16 Millionen mehr vom Staat erhalten würden als gegenwärtig. Redner spricht sich im Interesse des öffentlichen Verkehrs und des Staates gegen den Ankauf aus. Er vertheidigt die Gesellschaften gegen den Vorwurf des Mangels an Patriotismus. Die Gesellschaften haben in der letzten Zeit neues Material in solchen Mengen gekauft, daß man darüber geklagt hat, daß diese Bestellungen nicht der französischen Industrie vorbehalten wurden. Der Minister hat es mit dem Zwang der rechtzeitigen Lieferung begründet. Die deutschen Volkswirthschaftslehrer beklagen, daß Deutschland sich nicht auch in so günstiger wirthschaftlicher Lage befinde wie Frankreich. Der Staatsbetrieb ist in Deutschland durchaus autoritär. Die Eisenbahnbeamten haben nicht das Recht, Mitglieder von Syndikaten zu werden, ihre Löhne und Pensionen sind niedriger als in Frankreich. Die Schlußfolgerung des Redners ist, daß die allgemeine Meinung sich gegen den Ankauf der Eisenbahnen aussprach, da er in finanzieller Hinsicht riskant, in wirthschaftlicher augenscheinlich schlecht sei; das deuteten auch die wenig befriedigenden Ergebnisse an, die man damit im Ausland erzielt habe.

Pourrat (Soz.) legt einen Beschlußantrag auf Ankauf der West- und der Südbahn vor. Er verweist darauf, daß die Zinsgewähr für diese Gesellschaften in diesem Jahre 62 Millionen beträgt. Der Ankauf würde den Staat keinen Sou baar kosten.

Holtz bringt einen Antrag ein, wonach die Regierung ein Gesetz über den Ankauf aller sechs großen Eisenbahnen ausarbeiten soll.

Mesureur, der Vorsitzende der Budgetkommission, ersucht um Verweisung dieses Antrags an die Eisenbahnkommission.

Minister Baudin schließt sich diesem Ersuchen an.

Guyot Dessaigne, Vorsitzender der Eisenbahnkommission, erklärt, daß diese dem Ankauf der Eisenbahnen nicht günstig gegenüberstehe und ihre Verweisung in gegenwärtiger Stunde nicht annehmen könne.

Auch Minister Baudin wendet sich nochmals gegen die beiden Anträge Pourrats und Holtz, da man so tief einschneidende Fragen nicht im Augenblicke erörtern könne, wo die Kammer sich anschicke auseinander zu gehen.

Der Antrag Pourrats wird mit 272 gegen 260 Stimmen angenommen.

Holtz ändert seinen Antrag nunmehr dahin ab, daß die Regierung das Gesetz über den Ankauf der Nordost- und Orleansbahn, sowie der Bahn Paris—Lyon—Mittelmeer vorlegen solle. Der Antrag wird mit 303 gegen 214 Stimmen abgelehnt.

Aus dem englischen Parlament.

*** London,** 23. Jan. O'Kelly fragt, ob die Bagdadbahnkonzession definitiv von der Türkei verliehen sei und ob ein Meinungsaustausch zwischen der englischen und der deutschen Regierung, betreffend die Wahl der Endstation im persischen Golf stattgefunden habe.

Staatssekretär Cranborne entgegnet, die britische Regierung deutete der deutschen an, daß sie in keiner Weise das Projekt beanstandete, an dem wahrscheinlich englische Kapitalisten einen bedeutenden Antheil zu nehmen wünschen. Es fanden schon einige Erörterungen über den im zweiten Theil der Anfrage erwähnten Punkt zwischen beiden Regierungen statt, hinsichtlich desselben werde keine Entscheidung ohne weiteren Meinungsaustausch getroffen werden. John Redmond nimmt die Adreßdebatte wieder auf und bringt einen Unterantrag ein, in dem er energisch gegen die jetzige Verwaltung Irlands protestirt.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 24. Januar.

Heute Früh 8 Uhr 50 Minuten sind Ihre Königliche Hoheit die Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen, Seine Durchlaucht Prinz Adolf zu Schaumburg-Lippe und Seine Gemahlin, Ihre Königliche Hoheit Prinzessin Victoria geborene Prinzessin von Preußen, von hier abgereist. Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin begleiteten die hohen Verwandten zum Bahnhof, von wo Höchstdieselben Sich zunächst nach Frankfurt begeben und dann nach Berlin reisen werden.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm heute Vormittag von 11 Uhr an den Vortrag des Finanzministers Dr. Buchenberger entgegen. Nachmittags von 5 Uhr an hörte Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Geheimen Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo und des Legationsraths Dr. Seyb.

£ (Zur Feier des 75. Geburtstages des Herrn Gymnasialdirektors Geh. Rath Wendt) haben die Schüler des Gymnasiums durch die Aufführung des „König Oedipus", der erschütternden Tragödie des Sophokles, ihrem verehrten Lehrer, der nunmehr seit 35 Jahren am hiesigen Gymnasium seine erfolgreiche erzieherische Thätigkeit

ausübt, eine besondere Festfreude bereitet. Eine zahlreiche Festversammlung hatte sich gestern Nachmittag im großen Festhallesaal eingefunden, darunter hohe Staatsbeamte und Militärpersonen, Vertreter der Stadt, der Geistlichkeit, der Hochschule, sowie die Angehörigen der Schüler, als gegen 5 Uhr Seine Königliche Hoheit der Großherzog, durch begeisterten Hochruf begrüßt, sowie Ihre Großherzoglichen Hoheiten die Prinzen Karl und Maximilian im Saal erschienen. Nachdem die Höchsten Herrschaften den Jubilar beglückwünscht hatten, begann die Feier mit einem von dem Oberprimaner Otto Bartning verfaßten und gesprochenen Prolog, der dem allbeliebten Direktor die Anhänglichkeit und Verehrung der Schüler in poetischer Form zum Ausdruck brachte. Hierauf folgte die Aufführung. Das Podium war durch eine große Coulisse, den Königspalast in Theben darstellend, und durch geschickt arangirte Laubdekorationen in eine stimmungsvoll klassische Szenerie verwandelt worden. Die Schülerkapelle, unter Leitung des Herrn Professor Goos, intonirte die meist sehr passend gewählte, aus Werken Gluck's und Händel's entnommene Begleitmusik, und in stilvoll klassische Gewänder gehüllt erschienen die jugendlichen Darsteller auf der Bühne. Die gewaltige Schicksalstragödie des großen Sophokles, die in der meisterhaften deutschen Uebersetzung Wendt's aufgeführt wurde, ist bereits vorgestern in unserem Blatte durch eine Vorbesprechung gewürdigt worden, wir wollen nicht wiederholen und uns hier nur mit der Darstellung beschäftigen, die allen Lobes werth war. Die Primaner, denen die Hauptrollen übertragen waren, hatten ihre recht schwere Aufgabe mit erfreulichem Ernst aufgefaßt und sich, gewiß unter der besten Leitung, mit Eifer in den Stoff hineingearbeitet. Jeder einzelne hatte seine Parthie vortrefflich memorirt und auch im rhythmisch pathetischen Vortrage kam der belebende Geist aus der Blüthezeit griechischer Dichtkunst zu recht wirksamem, schönem Ausdruck. Besonders der Vertreter des Oedipus, der Primaner Richard Weißbach, that sich durch die ruhige, getragene Art seines Spiels und die sichere, kraftvolle, gut accentuirte Vortragsweise der kunstvollen Verse hervor. Auch die übrigen Rollen wurden, wenn es den jugendlichen Stimmen auch mitunter am erwünschten Vollklang fehlte, eindrucksvoll und sinngemäß gesprochen. Ueberall sah man den guten Willen, dem es auch an Erfolg nicht fehlte. Als Zeuspriester bewährte sich der Primaner Franz Zimmermann, als Seher Tiresias Emanuel Kern. Die Primaner Wolfgang Dittler, Ludwig Sprauer, Otto Müller und Albert Vögele boten ihr Bestes als Kreon, als Bote aus Korinth, als Diener des Laios und als Diener des Königshauses. Auch die Schwierigkeiten der Frauenrolle der Jokaste wurden von Karl Kormann recht glücklich bemeistert. Der Chor — zwölf Edle der Stadt Theben — war durch die Herren Hermann Borell, Willy Andreas, Kurt Grimm, Kurt Widmann, Dagobert Möricke, Siegmund Posner, Gerhard Wahle, Fritz Matheis, O. E. Müller, Karl Schmidt, Rudolf Sinner und Wilhelm Stark gut vertreten, und auch die Darsteller der stummen Rollen paßten sich dem Ganzen durch wohlüberlegtes Gebärdenspiel richtig an. Die sehr gelungene Aufführung, die etwa 2½ Stunden dauerte, hat allen Hörern aufrichtige Freude bereitet, besonders natürlich dem gefeierten Jubilar und den Angehörigen der jungen klassischen Akteure. Die Höchsten Herrschaften betheiligten sich lebhaft an dem allseitigen Beifall und zeichneten die Leiter und Hauptdarsteller durch huldvolle, freundliche Ansprachen aus, bevor sie, wieder unter stürmischem Hochruf, den Saal verließen. — Auch die „Karlsruher Zeitung" schließt sich den herzlichen, aufrichtigen Glückwünschen an, die heute dem Jubilar von allen Seiten dargebracht werden. — Die Berichterstattung über die Aufführung war der Presse vom Comité nicht gerade erleichtert worden. Daß Abends ein Festbankett stattgefunden hat, haben wir erst nachträglich erfahren, da die Presse hierzu nicht eingeladen war.

= (Schüleraufführung.) Unter Leitung des Herrn Theodor Munz fand am Mittwoch Abend im Eintrachtssaale eine Produktion von Schülern des Pädagogiums statt, unter Mitwirkung eines von hiesigen Damen und Herren gebildeten gemischten Chores, dem sich, für das Orchester, verschiedene hiesige Musiker beigesellt hatten. Haydn's wundervolles Oratorium „Die Schöpfung", für Soli, Chor und Orchester, war die mit vielem Muth und Unternehmungsgeist gestellte Aufgabe, welche im allgemeinen auch befriedigend gelöst wurde, und eine sehr zahlreiche Hörerschaft zusammenberufen hatte. Von den Solisten sei besonders des Fräulein Marie Becker gedacht, dessen schöne und weiche Stimme für die Sopranparthie des ersten und zweiten Theiles sich sehr gut eignete. Die junge Dame hat bereits eine erfreuliche Sicherheit in der Tonbildung erworben; wird sich das Organ bei angemessenen Studien noch gekräftigt haben, und auch die Aussprache noch ein sorgfältiges Studium erfahren, so sind die besten Hoffnungen für eine tüchtige Sängerin vorhanden. Mit einer sehr angenehm timbrirten Tenorstimme erfreute Herr Fritz Meißner; auch die Herren Otto Rose und Richard Körner erwiesen sich als stimmbegabte Bassisten. Fräulein Johanna Haunz, welches im dritten Theil die Parthie der Eva sang, besitzt eine hübsche Sopranstimme. Die Chöre gingen flott, auch das Orchester that sein Bestes.

≈ (Schwurgericht vom 23. Januar.) Vor dem Schwurgerichte wurde unter dem Vorsitze des Landgerichtsdirektors Dürr in der heutigen Vormittagssitzung, die zum größten Theile unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, die Anklage gegen den 23 Jahre alten Techniker Heinrich Knauber und den 21 Jahre alten Bautechniker Karl Knauber, beide aus Friedrichsthal bei Saarbrücken, zuletzt in Karlsruhe wohnhaft, wegen Münzverbrechens verhandelt. Die beiden Angeklagten waren überführt, daß sie im Oktober 1901 in Karlsruhe inländisches Metallgeld nachgemacht haben, um es als echtes in den Verkehr zu bringen, indem sie aus einer Bleilegirung 12 Fünfmarkstücke mit dem Bildniß des Großherzogs von Baden und der Jahreszahl 1900 anfertigten. Wie der Verhandlung zu entnehmen war, stammen die beiden Angeschuldigten aus einer achtbaren und wohlhabenden Familie. Sie haben bessere Schulen besucht und eine gute Erziehung genossen und nur der Hang zum Leichtsinn und das Streben, es auch ohne mühevolles Arbeiten besser zu haben wie Andere, brachte sie auf abschüssige Bahn. Am 11. Oktober v. J. gaben sie in Pfortz in der Pfalz in einem Laden das erste der Falschstücke aus. Bald nach ihrem Weggange wurde von dem Geschäftsinhaber die Unechtheit des Geldstücks erkannt. Er benachrichtigte die Gensdarmerie, die die beiden Angeklagten noch in Maxau ermittelte und verhafteten. Die Geschworenen bejahten bezüglich des Angeklagten Heinrich Knauber die Schuldfrage wegen Münzverbrechens, bezüglich des Karl Knauber die Schuldfrage wegen Beihilfe zum Münzverbrechen und bezüglich beider Angeklagten die Frage nach mildernden Umständen. Auf Grund dieses Wahrspruchs wurden H. Knauber zu 2 Jahren Gefängniß und K. Knauber zu 10 Monaten Gefängniß verurtheilt. An jeder Strafe kommen 2 Monate Untersuchungshaft in Abzug. — Den früheren Expeditionsgehilfen Karl Neugart aus Pfaffenweiler führte heute Nachmittag eine Anklage wegen erschwerter Amtsunterschlagung und Betrugs vor die Geschworenen. Der Angeklagte hatte als Expeditionsgehilfe der Station Sinzheim der badischen Staatsbahnen in der Zeit vom Monat Mai bis Mitte August v. J. nach und nach den Betrag von 444 M. 78 Pf., den er für die ihm unterstellte Güterkasse vereinnahmt sich angeeignet und zur Verdeckung seiner Unterschlagungen die zur Eintragung und Kontrole bestimmten Register und Bücher unrichtig geführt. Weiter hatte Neugart den Pfarrverweser Mahler in Vimbuch durch unwahre Angaben bestimmt, ihm eine Bürgschaftsurkunde über 250 M. zu unterzeichnen. Von den Geschworenen wurde der Angeklagte im Sinne der erhobenen Anklage unter Gewährung mildernder Umstände schuldig gesprochen, worauf der Schwurgerichtshof gegen Neugart unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft auf eine Gefängnißstrafe von 1 Jahr und 1 Monat erkannte.

P.J.A. **Baden,** 23. Jan. Die Jubiläums-Kunstausstellung Baden-Baden 1902 verspricht äußerst interessant und reichhaltig zu werden. Zur Ausstellung gelangen Werke alter und moderner Kunst lediglich aus dem hiesigen, an Kunstschätzen reichen Privatbesitz. Zahlreiche Anmeldungen prächtiger Ausstellungsobjekte sind bereits erfolgt. Unter anderen hat das Kloster Lichtenthal seine Schätze, darunter werthvolle alte Altargemälde, der Ausstellungskommission zur Verfügung gestellt, auch der als Kunstsammler bekannte Herr Leutnant a. D. Gimbel wird die Ausstellung, deren Eröffnung im Mai d. J. stattfinden wird, reichlichst beschicken.

× **Baden,** 23. Jan. Gestern Abend ist hierselbst im Alter von 79 Jahren Fürst Nicolaus Gagarin nach fast 12jähriger Krankheit aus dem Leben geschieden. Der Verstorbene, im Mai 1823 in St. Petersburg geboren, ließ sich in den 60er Jahren in unserer Bäderstadt zu dauerndem Aufenthalt nieder. Seit langen Jahren schon hatte er sich vom gesellschaftlichen Leben vollständig zurückgezogen und lebte einsam auf seiner Villa. Den Armen ist er stets ein Wohlthäter gewesen.

✠ **Vom Bodensee,** 23. Jan. Am 19. tagte in Friedrichshafen eine Versammlung von Vertretern verschiedener Kur- und Verkehrsvereine der Seegegend, um über gemeinsame Schritte zur Hebung des Fremdenverkehrs am Bodensee und in seiner Umgebung zu berathen. Es handelte sich um die Gründung eines Vereins mit korporativen und Einzelmitgliedern, der seine Thätigkeit mehr im großen Rahmen entfalten und für die Bestrebungen der Gemeinden und lokalen Vereine auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs genügend Raum bringen soll. — Seit Neujahr zeigen sich bessere Ausblicke bei mehreren industriellen Branchen. In Neuhausen sind die Alluminiumwerke sehr gut beschäftigt. In der Eisenindustrie macht sich eine deutliche Belebung des Geschäfts bemerkbar. Die Besserung der Lage in der Textilindustrie hat zugenommen. In der badischen Seegegend sind es namentlich die Trikotwebereien, welche ganz kürzlich mit theilweise dringenden Lieferungen nach dem Orient beauftragt wurden. In den Baumwollwebereien zu Arlen, Rielasingen, Wilkertshausen und Aach ist der Geschäftsgang ein durchaus befriedigender. Nicht minder ist in der rheinischen Seidenindustrie eine Belebung des Geschäfts wahrnehmbar.

Prinz Heinrich's Amerikafahrt.

(Telegramm.)

* **Washington,** 24. Jan. Seine Majestät der Deutsche Kaiser billigte die Pläne des Comités für den Empfang des Prinzen Heinrich und überließ es dem Comité, die Einzelheiten derselben auszuarbeiten. Es wird geplant, die Reise des Prinzen in südlicher Richtung bis Chattanooga, in westlicher Richtung bis St. Louis und in nördlicher Richtung bis Milwaukee und bis Boston auszudehnen. Seine Königliche Hoheit Prinz Heinrich wird den ersten Sonntag in New-York zubringen, das Grab des Generals Grant besuchen und um Mitternacht nach Washington abreisen, wo er am anderen Vormittag um halb 11 Uhr eintrifft. Am Bahnhofe wird er von einer Ehrenwache, einer Eskadron Kavallerie, und einer Batterie empfangen, nach der Deutschen Botschaft geleitet werden. Eine Abtheilung Pioniere versieht bei Tag und Nacht den Ehrenwachdienst für das Botschaftsgebäude. Am zweiten Sonntag wird der Prinz wahrscheinlich in Chattanooga sein und den großen Nationalpark in Chickamanga besuchen. Der dritte Sonntag wird in New-York zugebracht werden und der Ruhe, sowie dem Besuche einiger Institute gewidmet sein. Das Comité vermied, daß eine Reise auf einen Sonntag fällt.

England und Transvaal.

(Telegramme.)

* **London,** 23. Jan. (Unterhaus.) Kriegsminister Brodrick erklärt, Scheepers sei hingerichtet worden, nachdem er überführt war, grobe Vergehen gegen den Kriegsgebrauch begangen zu haben. Er ließ u. a. sieben Eingeborene morden und einen Weißen durchpeitschen.

McLaren fragt, ob im Juli 1901 oder zu anderer Zeit seit den Unterhandlungen zwischen Kitchener und Botha Vorschläge zur Beendigung des Krieges direkt oder indirekt irgend einem Kabinetsmitgliede namens der Burenführer gemacht worden seien.

Balfour erwidert: es sei kein derartiger Vorschlag der Regierung von irgend Jemand zugegangen, der im Stande sei, namens der Führer der Burenstreitkräfte zu sprechen.

* **Washington,** 23. Jan. Im Senate besprach Senator Teller die Hinrichtung Scheeper's und erklärte, dieselbe bedeute eine Verletzung der Genfer Konvention seitens der Engländer.

* **London,** 23. Jan. Die „Times" veröffentlichen folgende Depesche aus Melbourne, 22. Januar: Im Bundesparlament brachte der burenfreundliche Abgeordnete Higgins eine von ungefähr 800 Personen von Neusüdwales, Victoria, Südaustralien und Tasmanien unterzeichnete Petition ein, worin um Zurückziehung der australischen Truppen aus Südafrika gebeten wird. Die Petition wurde vom Hause mit Stillschweigen entgegen genommen. Der Bundespremierminister gab sofort die Erklärung ab, die Regierung werde dem Ersuchen Chamberlain's Folge geben.

* **Prätoria,** 22. Jan. Vor einigen Tagen wurde ein Trupp von 35 Eingeborenen, der bei Lindequespruit unter Eskorte von 25 Mann Reichsheomanry zum Grasschneiden auf dem Felde war, von 150 Buren überrascht. Die Abtheilung hat sich der Ueberzahl ergeben.

Zu den Vorgängen in Ostasien.

(Telegramme.)

* **London,** 24. Jan. Die „Times" meldet aus Peking: Bei dem Empfange der Gesandten fiel das leidende Aussehen des Kaisers auf, welcher ein Bild physischer Schwäche und tiefer Melancholie bot.

* **St. Petersburg,** 24. Jan. Der Kriegszustand im Amurgebiet ist am 18. Januar aufgehoben worden.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* **Berlin,** 24. Jan. Seine Majestät der Kaiser empfing am Mittwoch im Schlosse den großbritannischen Botschafter Lascelles. Darauf hatte der Kaiser eine längere Besprechung mit dem Reichskanzler und besuchte dann den Botschafter Lascelles.

* **Berlin,** 24. Jan. Bei der Subskription auf 185 Millionen Mark dreiprozentige preußische Staatsanleihe wurden rund 8 Milliarden gezeichnet. Dies bedeutet fast eine 44fache Ueberzeichnung Die Reichsanleihe ist fast 61 Mal überzeichnet worden. Bei der letzten Reichsanleihe im vergangenen Jahre wurden für rund 300 Millionen dreiprozentige Reichsanleihe 4624 Millionen Mark gezeichnet. Die Anleihe war damals nur rund 15½ Mal überzeichnet.

* **Stuttgart,** 24. Jan. Die Kammer begann heute die Verhandlungen über die Einheitsmarke. Es sprachen die beiden Referenten. Liesching (Volksp.) trat in zweistündiger Rede für den Antrag der Kommissionsmehrheit ein, die durch den Vertrag veranlaßten Abweichungen nicht zu beanstanden. Vicepräsident v. Kiene empfiehlt aus politischen und finanziellen Gründen die Ablehnung der Einheitsmarke, durch welche ein württembergisches Reservatrecht gefährdet sei. Debatte und Abstimmung erfolgen morgen.

* **Elbing,** 24. Jan. Die „Elbinger Ztg." meldet: Der Reichstags- und Landtagsabgeordnete für Elbing-Marienwerder, v. Puttkamer-Planth hat krankheitshalber seine parlamentarische Thätigkeit aufgegeben.

* **Paris,** 24. Jan. Es bestätigt sich daß das Panzerschiff „Charlemagne" morgen von Toulon noch Tanger abgehen wird. Ferner verlautet, daß der Kreuzer „Gallilée" bereits nach Tanger abgegangen ist. Das „Echo de Paris" will wissen, daß die Mission der „Charlemagne" in keiner Weise mit der Ermordung der beiden Offiziere der Fremdenlegion zusammenhänge. Der Kommandant des „Charlemagne" habe den Auftrag erhalten, den Sultan von Marokko zu begrüßen, wie dies vor Kurzem auch die Engländer gethan hätten.

* **Paris,** 24. Jan. Der „Matin" bespricht die Nachricht von der Bildung eines großen amerikanischen Schiffstrusts und meint, die Amerikaner wollten sich durch diesen Trust zu Herren des Ozeans machen und den Europäern ihre Erzeugnisse aufzwingen. Diesen Plan könnten die europäischen Staaten nur vereiteln, wenn sie einig seien. Die Zeit sei vielleicht nahe, wo alte Utopien zur Wirklichkeit werden könnten.

* **Konstantinopel,** 23. Jan. Die Befreiung der von Räubern gefangen gehaltenen Amerikanerin Ellen Stone steht unmittelbar bevor.

* **Konstantinopel,** 24. Jan. Die Stellung des Fürsten von Samos gilt im Hinblick auf die schlechte Verwaltung der Insel für erschüttert.

* **Athen,** 24. Jan. Als Seine Majestät des König heute im königlichen Garten spazieren ging, stürzte, wie der „Frkf. Ztg." gemeldet wird, ein Mann mit gezücktem Messer auf ihn zu. Der Garteninspektor parirte den Stoß und wurde verwundet. Der Thäter, der geistesgestört zu sein scheint, wurde verhaftet.

Verschiedenes.

† **Berlin,** 24. Jan. Die Morgenblätter melden aus Leipzig: Zu der ab 3. Februar in Kassel stattfindenden Strafverhandlung gegen die Aufsichtsrathsmitglieder der Trebertrocknung erscheinen sämmtliche Mitglieder des Aufsichtsraths der Leipziger Bank als Zeugen vor Gericht.

† **Hamburg,** 24. Jan. Aus der Hamburger Irrenanstalt Friedrichsberg sind gestern Abend zwei schwere Verbrecher entsprungen.

† **Stuttgart,** 24. Jan. Die Angehörigen des Hoftheaters haben gestern Seiner Majestät dem Könige als Zeichen der Dankbarkeit für seine weitgehende Fürsorge im Hofe des Wilhelmpalastes eine Huldigung in Form einer Serenade dargebracht. Der König und die Königin nahm dieselbe sichtlich bewegt entgegen.

† **Budapest,** 24. Jan. (Telegr.) Die „Concordia" ein riesiges sechsstöckiges Gebäude, wurde heute Nacht ein Raub der Flammen. Zwei Feuerwehrleute verunglückten. Der Schaden beträgt drei Millionen Kronen.

† **Paris,** 24. Jan. Die Sicherheitsbehörde stellte fest, daß im Centralprovviantmagazin der Pariser Garnison seit einiger Zeit bedeutende Unterschleife verübt worden seien. Dem „Journal" zufolge sind zehn Unteroffiziere und mehrere Kaufleute in die Sache verwickelt. Vier Personen seien bereits verhaftet.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hydr. v. 24. Jan. 1902.

Eine ziemlich tiefe Depression ist nördlich von Schottland erschienen und hat das barometrische Maximum, welches gestern über dem Alpengebiet gelegen war, nach der Balkanhalbinsel verdrängt. In Mitteleuropa, das noch auf der Vorderseite der Depression liegt, hat es vielfach aufgeklart. Da das Ortsbarometer sehr rasch fällt, so scheint die Depression bald ihren Wirkungskreis auszudehnen, es ist deshalb trübes und mildes Wetter mit Niederschlägen zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Januar	Barom mm	Therm. in C.	Absol. Feucht. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Himmel
23. Nachts 9³⁰ U.	756.1	5.1	5.8	89	NE	bedeckt
24. Mrgs. 7³⁰ U.	751.3	2.4	4.7	85	S	heiter
24. Mittgs. 2³⁰ U.	746.6	6.9	5.2	70	SE	"

Höchste Temperatur am 23. Januar: 7.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 1.8.

Niederschlagsmenge des 23. Januar: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Maxau, 23. Jan.: 3.11 m, gestiegen 8 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Katz in Karlsruhe.

Empfehle mich zur **Anfertigung von Ballroiletten** vom einfachsten bis zum elegantesten Genres

Olof Forsberg jr., Amalienstr. 57 II

im Hause des Herrn Hofphotographen Schuhmann.

4% Pfandbriefe Serie II und III der Pester Ungarischen Commercial-Bank, Budapest.

Die am **1. Februar 1902** fälligen Zinscoupons obiger Pfandbriefe sowie die verloosten Stücke der Serien II und III werden vom Fälligkeitstage ab zum Kurse von kurz Wien

in **Berlin:** bei der **Nationalbank für Deutschland,**
in **Hamburg:** bei den **Herren L. Behrens & Söhne,**
in Karlsruhe: bei Herrn Veit L. Homburger,
in **Frankfurt a. M.:** bei den **Herren Gebr. Bethmann,**

werktäglich in den Vormittagsstunden eingelöst.

Den Coupons sind arithmetisch geordnete Nummernverzeichnisse beizufügen.

Budapest, im Januar 1902. P·862

Pester Ungarische Commercial-Bank.

Gewerbeverein Karlsruhe e. V.

Mittwoch, den 29. Januar, Abends ½9 Uhr, Saal III, Schrempp,

Vortrag

des Herrn **Professor Dr. Troeltsch** über:

„Der künftige deutsche Zolltarif".

Mitglieder und sonstige Interessenten sind höflich eingeladen. P·806

Nutz- und Brennholz-Versteigerung.

Großh. Bad. Forstamt Stockach versteigert am **Mittwoch den 29. Januar 1902** von morgens 10 Uhr an im Gasthaus zum „Kreuz" in **Heudorf** aus Domänenwald Homburg, Abth. „Minkenloh", „Brand", Stangenbühl" und „Kopf": 417 Nadelstämme, 37 Nadelklötze; 2280 fichtene Derbstangen, 800 fichtene Reisstangen; 35 Ster buchenes, 6 gemischtes und 334 Nadel-Scheitholz; 1 Ster eichenes, 185 buchenes, 14 gemischtes, 287 Nadel-Prügelholz; 2 Ster buchenes und 89 Nadel-Stockholz, 54 Ster buchenes und 6 Ster Nadel-Reisholz; 1230 Stück buchene und 635 Nadel-Normalwellen; 9 Loose Schlagraum. P·843

Forstwart Delser in Heudorf und Kupferschmid in Liptingen ertheilen nähere Auskunft und fertigen Auszüge aus den Aufnahmslisten.

Handschuhe,
Cravatten,
Hosenträger,
Regenschirme
anerkannt vorzügl. Qualitäten, empfehlen
Ludwig Oehl
Nachfolger,
Karlsruhe,
Kaiserstrasse 116.

Bekanntmachung.

Aus der **Marx Bloch'schen** Eheaussteuerstiftung sollen vom dreijährigen Zinserträgniß 1000 Mark an ein armes israelitisches Mädchen vergeben werden. Diesmal soll den armen Verwandtinnen des Testators Marx Bloch, die in Deutschland, Frankreich oder in der Schweiz ihren Wohnsitz haben, dieser Stiftungsgenuß zugetheilt werden. Sollte eine solche sich nicht vorfinden, so sollen arme Mädchen von der Verwandtschaft der Frau des Testators oder aber, wenn auch eine solche nicht da ist, verwandte Mädchen, die zwar einige Mittel besitzen, aber nicht vermögend sind, und wenn auch solche nicht vorhanden, arme fremde israelitische Mädchen, die in Sulzburg oder Müllheim heimathberechtigt sind, zum Bezuge dieses Legats berechtigt sein. P·837 1

Bewerberinnen wollen ihre Gesuche nebst nöthigen Ausweisen an den unterzeichneten Verwaltungsrath innerhalb zwei Monaten von heute an einsenden.

Sulzburg, den 22. Januar 1902.

Der Verwaltungsrath der Marx Bloch'schen Stiftungen.

Flügel und Pianinos

von P·513.48

Julius Blüthner

empfiehlt der Alleinvertreter

Ludwig Schweisgut,
Karlsruhe, Erbprinzenstr. 4.

Hausversteigerung.

Auf Antrag des Konkursverwalters wird das in der **Waldstraße** dahier unter **Nr. 13**, einerseits neben Hofwagner L. Kautt, anderseits neben Mechaniker Ludwig Karle gelegene Hausgrundstück — **zweistöckiges Vorderhaus mit Hintergebäulichkeiten** — im Flächeninhalt von 6 ar 71 qm, angeschlagen zu 80 000 Mk. am **Dienstag, den 4. Februar l. Js., Nachmittags 3 Uhr** im Amtszimmer des Notariats Karlsruhe II, Friedrichsplatz 1 über 2 Treppen einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt, wobei der Zuschlag auf das höchste Gebot erfolgt, vorbehaltlich der Genehmigung des Gläubigerausschusses, welche binnen 3 Tagen zu erfolgen hat.

Die näheren Steigerungsbedingungen können inzwischen im Amtszimmer des Notariats Karlsruhe II eingesehen werden. P'864

Karlsruhe, den 20. Januar 1902.
Großh. Notariat II.
Ott, Notar.

Im **Bad. Oberlande Amtsstadt,** Bahnst., sind zwei zusammen gehörende

Wirthschaften

mit großem Etablissement, auch einzeln **sofort zu verkaufen;** für große Familien gut geeignet. Preis M. 60 000, Anzahlung M. 20 000.

Offerten unter sub **P. 861** an die Exped. d. Blattes erbeten. P·861.1

Bürgerliche Rechtsstreite.

Konkurse.

P'846. Nr. 676. Walldürn. Ueber das Vermögen des Maklers Edmund Häfner in Schweinberg wird heute am 23. Januar 1902, Vormittags 12 Uhr das Konkursverfahren eröffnet, da, wie gerichtskundig, der Genannte zahlungsunfähig ist.

Der Rechtsanwalt Hermann Knoth in Walldürn wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 14. Februar 1902 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Freitag den 21. Februar 1902,
Vormittags 9 Uhr,

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Freitag den 21. Februar 1902,
Vormittags 9 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 11. Februar 1902 Anzeige zu machen.

Großh. Amtsgerichts zu Walldürn.
gez. Dr. Imhoff.

Dies veröffentlicht:
Walldürn, den 23. Januar 1902.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Hoerst.

P'839. Nr. 3105 I. Mannheim. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Patentanwalts Otto Wendelmuth, Inhabers der Firma O. Wendelmuth & Cie. hier ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf

Donnerstag den 13. Februar 1902,
Vormittags 9 Uhr,

vor dem Großh. Amtsgerichte, Abth. IV, hierselbst II. Stock, Zimmer Nr. 5, anberaumt.

Mannheim, den 21. Januar 1902.
Brehm,
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

P'848. Nr. 3297 I. Mannheim. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Restaurateurs Louis Bender hier ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf

Donnerstag den 6. Februar 1902,
Vormittags 9 Uhr,

vor dem Großh. Amtsgerichte, Abth. I, hierselbst, III. Stock, Zimmer Nr. 15, anberaumt.

Mannheim, den 18. Januar 1902.
Brehm,
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

P'840. Nr. 3250 I. Mannheim In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Adolf Dublon in Mannheim ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichniß der bei der Schlußvertheilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwerthbaren Vermögensstücke und zur Anhörung derselben über die Festsetzung der Vergütung der Mitglieder des Gläubigerausschusses Termin auf

Freitag den 21. Februar 1902,
Vormittags 9 Uhr,

vor dem Großh. Amtsgerichte hierselbst, II. Stock, Zimmer Nr. 2, anberaumt.

Mannheim, den 18. Januar 1902.
Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts III.
Kuntz.

P.826. Mannheim. Im Konkurse des Buchdruckers J. G. Trunk in Mannheim soll mit Genehmigung Gr. Amtsgerichts Mannheim die Schlußvertheilung vorgenommen werden.

Der verfügbare Massebestand beträgt 5 855 M. 88 Pf.

Zu berücksichtigen sind:

a. bevorrechtigte Forderungen mit 158 Mark 40 Pf.,

b. unbevorrechtigte Forderungen mit 6561 M. 14 Pf.

Mannheim, den 22. Januar 1902.
Der Konkursverwalter
Dr. F. Fürst,
Rechtsanwalt.

P·868. Nr. 4573. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Karl Fähnle Witwe Emilie geb. Zimmermann, Inhaberin der Firma E. Fähnle Witwe hier, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderung Termin auf

Samstag den 15. Februar 1902,
Vormittags ¾12 Uhr,

vor dem Großh. Amtsgerichte hierselbst, II. Stock, Zimmer Nr. 14 anberaumt.

Karlsruhe, den 23. Januar 1902.
Thum,
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

P·807. Nr. 4049. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Landwirths Sebald Braun von Beiertheim wurde nach Abhaltung des Schlußtermins und Vollzug der Schlußvertheilung durch Beschluß des diesseitigen Gerichts vom 17. Januar 1902 aufgehoben.

Karlsruhe, den 21. Januar 1902.
Thum,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

P'836. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Kaufmann Wilhelm Söll Ehefrau, Luise geb. Baumer, Inh. der Firma Luise Söll hier, soll mit Genehmigung des Großh. Amtsgerichts die Schlußvertheilung erfolgen.

Hierzu sind verfügbar 6205.15 Mk., denen gegenüberstehen 16 559.97 Mk. Forderungen ohne Vorrecht.

Karlsruhe, den 22. Januar 1902.
Friedrich Axtmann,
Konkursverwalter.

P'831. Nr. 805. Eppingen. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Krämers Jakob Benz von Elsenz wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Eppingen, den 21. Januar 1902.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Mahlbacher.

P'845. Nr. 3840. Freiburg. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Bierbrauers Georg Rommel in Freiburg betr.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines andern Verwalters wird bestimmt auf

Montag den 10. Februar 1902,
Vormittags 9 Uhr,

Zimmer Nr. 7.

Großh. Amtsgericht
Freiburg, den 21. Januar 1902.
gez. Lederle.

Dies veröffentlicht der Gerichtsschreiber:
Frey.

P'847. Nr. 2044. Offenburg. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Bäcker Josef Vogt Eheleute in Elgersweier wird eingestellt, weil eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Konkursmasse nicht vorhanden ist.

Offenburg, den 21. Januar 1902.
Gr. Amtsgericht.
gez. Merkel.
Zur Beglaubigung
Der Gerichtsschreiber:
C. Beller.

P.825. Rastatt. Nach der Schlußrechnung über das Vermögen der Konkursmasse P. J. Zopf & Sohn in Rastatt liegen in der Masse rein 14 311 Mark 59 Pf. wovon die bevorzugten Gläubiger 2 783 M. 73 Pf. erhalten haben.

Der Rest, nach Abzug der Kosten im Betrage von 10 326 M. 27 Pf. ist unter die Gläubiger der Abtheilung II mit 95 169 M. 48 Pf. Forderungen zu vertheilen, wornach sich die Dividende auf 10,84 Proz. berechnet, und wovon bereits 10 Proz. bezahlt sind, der Rest jetzt zur Auszahlung kommt.

Weiteres Vermögen der Konkursmasse ist nicht vorhanden.

Rastatt, den 20. Januar 1902.
Der Konkursverwalter
Herrmann.

P·816. Triberg. Unser Ausschreiben in Nr. 20 berichtigen wir dahin, daß der Gemeinschuldner Cölestin **Kern** — nicht Dold — heißt.

Triberg, den 22. Januar 1902.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
Rödle.

P'850. Nr. 1612. Villingen. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Schneiders Mathias Haller von Villingen wurde nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Villingen, den 22. Januar 1902.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
E. Bernauer.

P'849. Nr. 1611. Villingen. Das Konkursverfahren über den Nachlaß des Siebmachers August Bracher in Villingen wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Villingen, den 22. Januar 1902.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
E. Bernauer.

P;808. Nr. 1294. Konstanz. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Schäftefabrikanten Karl Müller in Konstanz wurde, nachdem dasselbe durch rechtskräftig bestätigten Zwangsvergleich vom 29. November 1901 seine Erledigung gefunden und im heutigen Schlußtermin Einwendungen gegen das Verzeichniß und die Schlußrechnung nicht erhoben wurden, aufgehoben.

Konstanz, den 18. Januar 1902.
Der Amtsgerichtssekretär:
A. Burger.

Freiwillige Gerichtsbarkeit.

Namensänderung.

P 756. Karlsruhe.

Namensänderung betr.

Zimmermann Ferdinand Braun in Göggingen möchte den Familiennamen seines am 25. Dezember 1881 daselbst geborenen Mündels Xaver Zettel-Häusler in „Häusler" ändern.

Etwaige Einwendungen gegen die Bewilligung dieses Gesuchs sind binnen 3 Wochen dahier geltend zu machen.

Karlsruhe, den 15. Januar 1902.
Ministerium
der Justiz, des Kultus und Unterrichts.
In Vertretung:
Hübsch.
Schellenberg.

Bekanntmachung.

P;743. Nr. 3433. Hockenheim. Die Erben des am 29. November 1900 in Reilingen verstorbenen Uhrenmachers Christian Ettwein werden aufgefordert, ihr Erbrecht spätestens bis 15. März 1902 dahier anzumelden.

Der Erblasser ist am 27. November 1826 als Sohn der Ursula Ettwein in Langenschiltach geboren, seit 1830 in Mönchweiler und zuletzt in Reilingen wohnhaft gewesen.

Hockenheim, den 5 Januar 1902.
Großh. Notariat als Nachlaßgericht:
Sommer.

Bekanntmachung.

P'730. Nr. 870. Rastatt. 1. Gemäß § 1981 B.G.B. wird auf den Antrag der Gläubiger

1. Franz Karl Wurz, Schwanenwirth in Hügelsheim,
2. Anselm Herrmann, Schreiner daselbst,
3. Karl Erhard, We. ebenda,
4. Julian Meier, Holzhändler in Neuweier

deren Forderungen durch das Nachlaßverzeichniß glaubhaft gemacht worden sind, die Nachlaßverwaltung über den Nachlaß des am 29. Oktober 1901 verstorbenen Landwirths Lorenz Diebold in Hügelsheim angeordnet, da Grund zu der Annahme besteht, daß die Befriedigung der Nachlaßgläubiger durch die Vermögenslage der Erbin der am 28. Januar 1900 geborenen Sofie Diebold gefährdet wird.

2. Zum Nachlaßverwalter wird Rechtsanwalt Dr. Vogel hier ausgewählt.

Rastatt, den 16. Januar 1902.
Großh. Amtsgericht.
gez. Krauß.

Dies Veröffentlicht
der Gerichtsschreiber:
Zirkel.

Vergebung von Wasserleitungsarbeiten.

Die Gemeinde **Zienken,** Amt Müllheim, vergibt im Wege der öffentlichen Verdingung die zur Wasserversorgung erforderlichen Erd- und Metallarbeiten.

Angebote sind in die von uns zu beziehenden Formulare einzutragen und verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis längstens

Dienstag den 4. Februar 1902, Vormittags 9 Uhr, beim Gemeinderath Zienken einzureichen. P;830.2

Großh. Kulturinspektion Freiburg.

P-844. Darmstadt.

Main-Neckar-Bahn.

Die im II. Halbjahr 1901 im Bereiche der Main-Neckar-Bahn aufgefundenen herrenlosen Gegenstände sollen **Montag, den 5. Mai l. J.,** Vormittags 9 Uhr beginnend, im Wartesaal III. Klasse des Main-Neckar-Bahnhofs Darmstadt versteigert werden. Etwaige Eigenthumsansprüche wollen vorher bei dem Fundbüreau in Darmstadt angebracht werden.

Darmstadt, dem 22. Januar 1902.
Der Oberbetriebsinspektor.

P.493.2. Nr. 149. Donaueschingen.

Bekanntmachung.

Den Hebammenunterricht an der Hebammenschule zu Donaueschingen betreffend.

Der Unterricht an der Hebammenschule zu Donaueschingen beginnt am **17. Februar** und dauert fünf Monate.

Frauenspersonen, welche am Unterrichte theil zu nehmen wünschen, haben die erforderlichen Zeugnisse über ihr Alter, ihren Leumund und ihre geistige und körperliche Befähigung bis zum **1. Februar** an den Unterzeichneten einzusenden.

Sie finden Aufnahme in der Schule, soweit Platz vorhanden ist und erhalten von hier aus einen Zulassungsschein zugesendet.

Die Zugelassenen haben sich am **17. Februar** Morgens 9 Uhr in dem Anstaltsgebäude (Josefstraße Nr. 87) einzufinden.

Das Honorar für den Unterricht beträgt 40 M., die Entschädigung für die Verpflegung während der Dauer des Unterrichtskurses beträgt 220 M. Beide Beträge sind gleich beim Eintritte bar zu bezahlen.

Schülerinnen aus dem Fürstlich Fürstenbergischen Standesgebiete wird auf gemeinderäthliches Ansuchen bei der Fürstlich Fürstenbergischen Mildenstiftungskommission in Donaueschingen Befreiung vom Unterrichtshonorar gewährt; auch können ihnen die Verpflegungskosten theilweise oder ganz nachgelassen werden.

Schwangere, welche behufs ihrer Entbindung in die Anstalt aufgenommen zu werden wünschen, haben vorher schriftlich bei dem Vorstande der Hebammenschule um Aufnahme nachzusuchen. Wenn Platz für sie in der Anstalt vorhanden ist, so erhalten sie einen Aufnahmeschein zugesandt, den sie beim Eintritt vorzuzeigen haben.

Die Verpflegung der Schwangeren und Wöchnerinnen wird kostenfrei gewährt; außerdem werden ihnen die Kosten der Heimreise ersetzt.

Die Großh. Bezirksämter und Bezirksärzte werden um gefl. Beachtung des Erlasses Großh. Ministeriums des Innern vom 20. Dezember 1873 Nr. 18 301 ersucht.

Donaueschingen, 7. Januar 1902.

Der Vorstand der Hebammenschule
Dr. Steffan.

P-829. Straßburg.

Reichs-Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen.

Verdingung

der Lieferung von 10 000 kg Bleimenige, 70 000 kg Bleiweiß, 3 100 kg grüner Zinnober, 1 100 kg rother Zinnober, 110 000 kg gekochtes Leinöl, 2 300 kg Leim, 5 000 kg Salmiakgeist und 34 000 kg Terpentinöl **findet am 12. Februar 1902, Vormittags 11 Uhr,** in dem Verwaltungsgebäude der Kaiserl. General-Direktion hier statt. Zuschlagsfrist 4 Wochen. Die maßgebenden Bedingungen liegen in den Stations-Büreaus zu Mülhausen, Straßburg, Metz und Luxemburg zur Einsicht auf und können von der unterzeichneten Dienstabtheilung gegen kostenfreie Einsendung von **70 Pf.** für eine Ausfertigung bezogen werden.

Straßburg, den 18. Januar 1902.
Materialien-Büreau.

P'865. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit Giltigkeit vom 1. Februar 1902 ist die Station Mannheim Industriehafen in den für den badisch-elsaß-lothringischen Güterverkehr bestehenden Ausnahmetarif 9 S für Schiffsbaueisen aufgenommen worden.

Karlsruhe, den 23. Januar 1902.
Großh. Generaldirektion.

P'866. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit Giltigkeit vom 1. Februar 1902 ist die Station Diedenhofen der Reichseisenbahnen in den Ausnahmetarif 24 für Cement, Cement- und Betonwaaren des badisch-elsaß-lothringischen Gütertarifs aufgenommen worden.

Karlsruhe, den 23. Januar 1902.
Großh. Generaldirektion.

Pforzheim. P 867

Zum Vereinsregister Band I O Z 14 — Turnverein Niefern in Niefern — wurde eingetragen:

Die Vorstandsmitglieder Viktor Engelsberger und Friedrich Kärcher sind ausgeschieden. Goldarbeiter Christof Kling in Niefern wurde als Vorsitzender und Kettenmacher Eugen Fischer in Niefern als Rechner bestellt.

Pforzheim, den 17. Januar 1902.
Großh. Amtsgericht II.

P'723. Achern. Auf **1. Februar** oder **1. März** wird ein

Incipient

gesucht. Vergütung 600 M. im Jahr und Gebührenantheil.

Achern, den 17. Januar 1902.
Großh. Amtsgericht.
Dr. Grueninger.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.